

1 Die K-Frage der Union

2 Analyse- und Strategiepapier zur konservativen Erneuerung der CDU/CSU

3
4 Angesichts des anhaltenden Rückgangs an Zuspruch und Wählerstimmen für die
5 CDU/CSU und der damit einhergehenden Gefahr den Charakter als Volkspartei zu
6 verlieren, stellt sich die Frage nach dem Grund dieser Entwicklung. Wie konnte die
7 einstmals rechte, konservative Sammlungsbewegung der Union, die maßgeblich
8 Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes in den vergangenen sechs
9 Jahrzehnten hat und wie keine zweite Partei die politische Geschichte BRD
10 verkörpert und in ihren besten Zeiten bundesweit die absolute Mehrheit errang, in
11 diese Situation kommen?

12
13 Wurden die Wahlkampfleiter nicht genügend geprüft, geschult und informiert wie das
14 Produkt CDU zu vermarkten ist? Wie es für jeden Kunden, jeden Bürger, jeden
15 Wähler feil geboten werden kann. Wie das „Produkt CDU“ möglichst austauschbar
16 designed und angeboten werden kann. Oder liegt in all dem selbst das Dilemma. Wir
17 meinen: JA! Und fordern eine Rückkehr zu den Grundsätzen, die die Union stark
18 gemacht haben, die das einigende Dach der Volkspartei waren und bald wieder sein
19 sollten.

20
21 Die Union muss der schweigenden Mehrheit im Lande endlich wieder eine Stimme
22 geben und an der Willensbildung im Lande mitwirken. Sie muss sich stark und nicht
23 defensiv präsentieren, vielen heimatlos gewordenen Wählern wieder eine Heimat
24 geben damit wieder satte Mehrheiten erringen. Vor allem muss sie ihrer
25 demokratischen Verantwortung endlich wieder gerecht werden und auch den
26 konservativen, rechten Flügel wieder stärken.

27
28 Wir zeigen im Folgenden hinsichtlich zentraler Politikfelder und Themen auf, wo sich
29 die Union von ihren ursprünglichen Überzeugungen, ihren Mitgliedern, ihren
30 Wählern, wo sie sich vom deutschen Volk und dessen berechtigten, besten
31 Zukunftsinteressen entfernt hat. So steht im Mittelpunkt dieses Papiers der Verlust
32 eines kompletten Wählerreservoirs, der sich jedoch aufgrund der Verfasstheit und
33 des Selbstverständnisses dieser Wählergruppe schleichend vollzogen hat. Alleine
34 dieser Umstand machte es möglich, diese Entwicklung ohne größere Aufschreie zu

35 vollziehen. Nun ist die Union jedoch an einem Punkt angelangt, an dem ein „Weiter
36 so“ nicht mehr möglich ist. Sie muss sich entscheiden, ob sie sich als weiteres
37 Angebot im links-liberalen Spektrum mittel- bis langfristig selbst ihrer
38 Daseinsberechtigung berauben will, oder die Umkehr, zurück zu den Wurzeln hin, in
39 eine erfolgreiche Zukunft schaffen will.

40

41 Dieses Papier ist daher das Plädoyer für die Wende. Die Wende raus aus dem 30-
42 Prozent-Tal, die Wende hin zu einer zukunftsweisenden, werthaltigen Politik.

43 Das Plädoyer für ein konservatives Profil, das die Union einmal hatte: ihr
44 Grundsatzprogramm. Sie war die konservative Sammlungsbewegung, die mit ihren
45 rechten, ihren christlichen Grundsätzen als Prototyp einer Volkspartei schlechthin
46 beide Konfessionen, alle Schichten, beide Geschlechter, alle Landsmannschaften,
47 Bildungsstände und Altersgruppen unter dem Dach der Union versammeln konnte.

48 Ein Plädoyer aus der Partei heraus. Aus Binnensicht. Wir rufen alle Mitglieder der
49 CDU auf, sich dafür einzusetzen, die Parteiführung nicht zur Ruhe kommen zu
50 lassen, die CDU wieder zu dem zu machen, was sie einmal war.

51

52 Konservatives Profil bedeutet keine Rückwärtsgewandtheit, sondern bedeutet ein
53 tragfähiges Fundament für die Zukunft, das keine Luftschlösser für den Moment baut
54 und Spaß und Vergnügen verheißt, hinter dem nur Dekadenz, Zerrüttung und
55 Verschuldung stecken. Eine Politik, ein Programm, das die echte
56 Richtungsentscheidung nicht scheut anzusprechen und ermöglicht, um die es auch
57 wirklich geht und nicht um Prozentpunkte bei Steuersätzen streitet.

58

59 Eine Politik, die Antworten gibt auf die Herausforderungen der 68er-Kulturrevolution
60 und der islamistischen Gefahr. Ein Programm, das zur Umkehr mahnt, und auf das
61 viele Bürger warten. Gerade in heutiger, moderner Zeit der Globalisierung,
62 Relativierung und Nivellierung. Klare Werte und eine verlässliche Ordnung gegen
63 gesellschaftliche Orientierungslosigkeit..

64

65 Wir tun dies nicht mit einem detaillierten Regierungsprogramm, welches Anspruch
66 auf Vollständigkeit erhebt. Wir möchten die grundsätzliche Richtung weisen - und
67 das anhand der dafür zentralen Politikfelder: christliches Fundament der Politik,
68 Schöpfung und Kulturlandschaft, Integration, Bildung, Recht und Ordnung, Familie,

69 Wirtschaft, sowie Nation, Innen und Außen. Wir sagen, wo die Herausforderungen
70 liegen, wo die CDU dringenden Handlungsbedarf hat und wie die richtige Antwort
71 darauf zukünftig lauten muss. Will man für Deutschland das Beste und als CDU
72 wieder Erfolge feiern, die absolute Mehrheiten möglich machen.

73

74 Dies ist das Programm für eine starke CDU. Für eine schwarze CDU. Für ein starkes,
75 christliches und glückliches Deutschland unter der Führung der CDU. Dies ist das
76 Programm für den Wahlsieg. Das Programm für zukünftigen und langfristigen Erfolg!

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Das C

„Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann die Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer wieder erschließen.“

So lautete der Gründungsaufwurf der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg. Und er könnte so ähnlich auch heute lauten. Hedonismus und Marxismus sind eine fatale Beziehung eingegangen und verheißen auf den ersten Blick Spaß, Vergnügen, ein besseres Leben und mehr Freiheit. Doch was sind die mittelfristigen Folgen für das Gemeinwesen und jeden einzelnen?

Diese Fragen zu stellen würde der Union obliegen. Stattdessen bewegt sie sich immer mehr auf die Inhalte der 68er-Bewegung zu. Das christliche Element spielt kaum mehr eine Rolle. Thema wird es höchstens noch, wenn es darum geht, Kritik zu üben. Sei es am Papst wegen innerkirchlicher Entscheidungen oder an Bischof Marx, weil er familienpolitische Grundsätze vertritt, die für die CDU über Jahrzehnte kennzeichnend waren. Die radikal geübte Kritik an den christlichen Kirchen gehört zum vermeintlich guten Ton in Medien und Öffentlichkeit, ohne Rücksicht auf die Anschauung und Befindlichkeit der Mehrheit der Gesellschaft. Gender Mainstreaming etwa, hat seine Ursprünge im Marxismus, ist totalitären Charakters und schränkt die Freiheit radikal ein, auch wenn sie vorgeblich ein mehr an Gerechtigkeit verspricht. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.

Die Tötung ungeborenen Lebens im Mutterleib sowie die Euthanasie am Ende des Lebens sind menschen- und lebensverachtend und widersprechen christlichen Grundsätzen zutiefst. Ausnahmen dürfen hier nicht zu Entscheidungsgrundlagen werden. Embryonale Stammzellforschung für die sich Kanzlerin Merkel und Ministerin Schavan bei der Verschiebung des Stichtages auf den 1. Mai 2007 so stark gemacht haben ist wissenschaftlich nicht notwendig und relativiert die Tötung von Leben. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.

137 Die eingetragene Partnerschaft, die so genannte Homo-Ehe ist im Interesse des
138 Staates und seiner Zukunft falsch und unsinnig. Und sie widerspricht christlichen
139 Grundsätzen zutiefst.

140

141 Die Abschaffung des Ehegattensplittings gefährdet den besonderen Schutz, den Ehe
142 und Familie genießen sollten und müssen. Und widerspricht damit christlichen
143 Grundsätzen.

144

145 Die massive Förderung finanzieller als auch propagandistischer Art von
146 Kinderkrippen für Babys und Kleinstkinder. Dies ist ein klassisches Ziel linker,
147 sozialistischer, marxistischer Politik zur Zerstörung der Keimzelle bourgeoiser
148 Gesellschaften: der Familie.

149

150 Die Entfernung von christlichen Grundsätzen und Grundüberzeugungen hat System.
151 Seit der Kulturrevolution Ende der 60er Jahre bekämpfen linke Gruppierungen
152 christliche Werte und damit unsere Ordnung. Leider mit Erfolg. Und, und das ist am
153 meisten zu bedauern inzwischen unter Beihilfe der Union. Zu denken ist an das nicht
154 eingelöste Versprechen der geistig-moralischen Wende, die Homo-Ehe wieder
155 abzuschaffen, die Weigerung den Paragraphen 218 aufzuschnüren oder zumindest
156 das Adoptionsrecht anzugehen, die Förderung der embryonalen
157 Stammzellforschung, die Einrichtung von Krippen die ganz im marxistischen Sinne
158 dazu beitragen, Familien zu zerstören und die Förderung von Gender
159 Mainstreaming, ebenfalls im unionsgeführten Familienministerium unter Ursula von
160 der Leyen.

161

162 Dabei könnte gerade das christliche Fundament der Union mit ihren ewigen
163 Wahrheiten als Argumentationsgrundlage hervorragende Dienste leisten und den
164 Wählern, den Bürgern, den dringend benötigten und mehr und mehr gesuchten Halt
165 bieten.

166

167 Die Katastrophen des letzten Jahrhunderts gründeten auf gottlosen Ideologien, sei
168 es der braune oder der rote Sozialismus. Dagegen gelang der Aufbau der
169 Bundesrepublik durch die Rahmenbedingungen der CDU-Politik, die sich unter
170 anderem auf die protestantische Arbeitsethik und die katholische Soziallehre

171 gründeten und in den rheinischen Kapitalismus, unsere soziale Marktwirtschaft
172 mündeten. Sie war, ist und bleibt das Erfolgsmodell und muss nicht neu erfunden
173 werden - auch wenn Teile der Union dies meinen.

174

175 Diese christliche Grundhaltung stärkt das Verantwortungsbewusstsein, die Solidarität
176 und die Volks - Gemeinschaft im Gegensatz zur sozialistischen Versorgungs-, Neid-
177 und Bedienungsmentalität.

178

179 Zunehmend wichtig wird die Betonung des „C“ auch angesichts der
180 Herausforderungen durch Zuwanderung, Überfremdung und die Gefahren des Islam.
181 Nur eine selbstbewusste Nation und eine ihres Glaubens und ihrer Werte bewusste
182 Gesellschaft kann demgegenüber bestehen und kann auch nur dann integrieren im
183 eigentlichen Sinne. Das diene allen!

184

185 Die Antwort für die CDU kann daher nur lauten: keine Anbiederungen hin zu falschen
186 Inhalten und Seiten. Rückkehr zu den christlichen Wurzeln. Diese Politik hat sich
187 bewährt, ist begründet, verlässlich, erfolgreich und muss nicht neu erfunden werden.

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

Schöpfung und Kulturlandschaft

205

206

207 Nach unserem christlichen Verständnis sind Mensch und Natur Schöpfung Gottes.
208 Sie zu schützen ist unser Auftrag und Herausforderung zugleich. Wir wollen unseren
209 Nachkommen eine Welt bewahren, die auch für sie noch lebenswert ist und ihnen die
210 Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung und sozialem Wohlstand gibt.

211 Dazu ist es jedoch notwendig, das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft zu
212 stärken, die Ökonomie ökologischer zu gestalten, da sich wirtschaftliche Entwicklung
213 und Umweltschutz nicht widersprechen müssen. Die Verantwortlichen für
214 Umweltzerstörungen im Großen wie im Kleinen ohne Rücksicht auf Lobbyisten in die
215 Pflicht zu nehmen.

216 Unsere Umwelt darf nicht weiterhin von wenigen zu Lasten der Allgemeinheit, die die
217 Folgeschäden zu begleichen hat, zerstört werden. Die Folgekosten zukünftiger
218 Umweltzerstörung übersteigen die Kosten des nötigen zeitnahen Umweltschutzes
219 um Weiten. Diese kompromisslose Bindung der Verantwortlichen kann nur durch
220 eine Verbesserung der Effizienz und Ausweitung des Emissionshandels auf weitere
221 Branchen und Länder sowie der Internalisierung externer Kosten und
222 Ökobilanzierung erfolgen. Unternehmen, die dies umsetzen, müssen Anreize für ihr
223 Engagement erhalten und nicht althergebrachte nicht mehr zeitgemäße
224 Industriestrukturen gestützt werden.

225 Die CDU ist die wahre Umweltpartei.

226 Die drei Grundpfeiler der Energiepolitik sind der Preis, die Versorgungssicherheit und
227 die Umweltverträglichkeit. Hieran sollte sich die deutsche Energiepolitik wieder
228 orientieren. Strom aus deutschen Atomkraftwerken ist sicher, CO²-arm und preiswert.
229 Dringend von Nöten ist eine Versachlichung der Debatte und selbstbewusstes
230 Auftreten der CDU, denn ohne eine Verlängerung der Laufzeiten unserer
231 Atomkraftwerke ist es unmöglich, unsere vereinbarten Klimaziele bis 2020 zu halten
232 bzw. zu erreichen und den Energiepreis auf erträglichem Niveau zu halten. Den
233 durch den Atomausstieg steigenden Abhängigkeiten vom Ausland, wo Strom in
234 unsichereren Atomkraftwerken als in Deutschland produziert wird sowie an der
235 deutschen Grenze neue AKWs gebaut werden, muss gegengesteuert werden.

236 Deutschland muss seine Energieversorgung so unabhängig wie möglich und durch
237 einen heimischen Energiemix gestalten. Dazu gehört auch die Einrichtung eines
238 Endlagers für Abfälle aus AKWs sowie der medizinischen Atomforschung. Hier war
239 die CDU durch ihr Handeln in der Vergangenheit nicht ehrlich und konsequent (Asse,
240 Konrad). Durch den erzwungenen Atomausstieg werden klimaschädliche
241 Kohlekraftwerke unterstützt. Es wird nichts gewonnen, Probleme werden verschärft
242 und ins Ausland unter fremde Kontrolle verlagert. Trotzdem müssen erneuerbare
243 Energien, insbesondere jene der zweiten Generation im Gegensatz zu
244 Kohlesubventionen weiterhin und verstärkt gefördert werden, wenn wir unseren
245 Wohlstand zum Ende des Zeitalters der fossilen Brennstoffe hin und darüber hinaus
246 bei weltweit steigenden Bevölkerungszahlen halten wollen. Aktuell kann jedoch durch
247 diese allein und ohne Atomkraft der Energiebedarf unseres Landes nicht gedeckt
248 werden. Hierzu ist eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit der europäischen
249 Industrie, Forschung und Umweltpolitik nötig. Deutschland als hoch technisiertes
250 Industrieland und Weltmarktführer bei Innovationen wie Atomkraft und
251 Zukunftsbranchen wie Solartechnologie und Effizienzsteigerung kann von dieser
252 Entwicklung nur profitieren und muss seinen Fortschritt bewahren und ausbauen
253 können. Deshalb muss die Forschung in diesen Branchen verstärkt unterstützt
254 werden und die Atomkraft nicht auf dem Abstellgleis landen. Weltweite Abkommen
255 zum Klimaschutz sowie eine Nachfolge für das Kyoto-Protokoll müssen erarbeitet
256 und beschlossen werden. Der Klimawandel darf jedoch nicht überbewertet werden,
257 da andere Umweltzerstörungen in naher Zukunft weitaus größere Folgen haben
258 werden. Gerade bei bevölkerungsreichen Schwellenländern lassen sich so gewaltige
259 Zerstörungen der Umwelt eindämmen und verhindern.

260 Trotzdem dürfen sich jene zu schließenden Abkommen nicht auf den direkten
261 Klimaschutz beschränken, sondern müssen die armen Länder, die die Folgen eines
262 hauptsächlich nicht von ihnen vorangetriebenen Klimawandels am stärksten zu
263 spüren bekommen, wirklich und nicht durch hauptsächlich ineffektive
264 Entwicklungshilfe gestützt werden. In diesem Zusammenhang muss China auf
265 Augenhöhe entgegengetreten werden und die Ausbeutung der Menschen durch den
266 chinesischen Agrarkolonialismus in der ganzen Welt gestoppt werden.

267 Parallel zum internationalen muss jedoch gerade das regionale und lokale Handeln,
268 von dem alles andere ausgeht, gestärkt werden sowie die Menschen von früh an für

269 die Natur als Grundlage unserer modernen Industriegesellschaft und als Gabe
270 Gottes sensibilisiert werden. Hierzu sind Umweltthemen in größerem Umfang in die
271 Bildungspläne einzubeziehen. Souveräne Verbraucher stärken mit dem Kauf
272 heimischer Produkte die deutsche Landwirtschaft und damit Qualität vor Ort.

273 Geiz- ist- geil- Mentalität schadet langfristig dem deutschen Wirtschaftsstandort und
274 damit auch der gesamten Bevölkerung.

275 Zur Umweltverantwortung gehört auch die Verantwortung gegenüber anderen
276 Lebewesen. Tiere in der Natur müssen vor der Gier des Menschen geschützt werden
277 und Tiere in Gefangenschaft ein lebenswertes Dasein fern von Massentierhaltungen
278 führen können. Hier muss die CDU Unabhängigkeit vor Interessengruppen beweisen
279 um etwa dem verankerten Staatsziel des Tierschutzes im Nachhinein gerecht zu
280 werden.

281 Zur Bewahrung unserer natürlichen Umgebung müssen der Flächenverbrauch
282 eingedämmt und die heimische Kulturlandschaft gegen Bebauung geschützt und
283 gepflegt werden. Regionale Traditionen und Bräuche, Landschaften und Bauwerke
284 zu pflegen und zu fördern ist die Pflicht eines jeden Bürgers gerade in Zeiten der
285 Globalisierung, Entwurzelung und der Zunahme des Gefühls der Heimatlosigkeit.

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301 Integration

302

303 Integration ist die zentrale gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre.
304 Sie scheitert bislang auch zu einem großen Teil daran, dass sich die politischen
305 Verantwortlichen aller Lager nicht einig sind, was Ziel von Integration sein muss.

306 Integration kann sich unseres Erachtens nicht nur auf das Wohnen und Arbeiten in
307 Deutschland beziehen, sondern beinhaltet sowohl die Teilhabe aber auch die
308 Mitarbeit am Gelingen der Gesellschaft.

309 Besonders die Integration der Muslime stellt sich aufgrund des religiösen und
310 kulturellen Hintergrunds als schwierig dar. Eine Abnahme der
311 Integrationsbemühungen bei der dritten und vierten Einwanderer-Generation belegt
312 das Scheitern der bisherigen Multi-Kulti Strategie.

313 Ein schleichender Rückzug, wie etwa bei der Einführung der Zwei- und
314 Mehrsprachigkeit anstatt der klaren Durchsetzung der deutschen Sprache, ist falsch
315 verstandene Toleranz und schadet letztendlich auch den Migranten, Bürgern mit
316 Migrationshintergrund.

317

318 Die Antwort auf eine zunehmende Abkapselung einzelner Zuwanderergruppen,
319 sowie der Ausbildung von Parallelgesellschaften kann kein Rückzug der deutschen
320 Politik auf Raten sein. Genau dies aber bedeutet jedoch die Forderung nach
321 islamischem Religionsunterricht sowie weiterer Zugeständnisse, die weit über das
322 von uns geschätzte hohe Gut der Religionsfreiheit hinausgehen.

323 Die Antwort muss vielmehr die Rückbesinnung auf eigene Werte sein. Richtlinie der
324 Integration in Deutschland ist die christliche Leitkultur. Hintergrund für fehlende
325 Integrationsbereitschaft junger Muslime ist oftmals fehlender Respekt gegenüber der
326 deutschen Gesellschaft, der so niemals erreicht werden kann.

327

328 Hier verfolgt auch die CDU seit einigen Jahren eine falsche Politik, die weder der
329 Gesellschaft, noch den Zuwanderern und letztendlich auch nicht der Partei dienen.
330 Beispielhaft steht dafür der falsche Ansatz des nordrhein-westfälischen
331 Integrationsministers Armin Laschet und der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer.
332 Die CDU muss sich von der sozialistischen Theorie verabschieden, dass
333 muslimischen Parallelgesellschaften, mit all den damit verbunden Gefahren, mit
334 sozialem Wohlstand begegnen ließe.

335

336 Die Existenz des Deutsch-Türkischen Forums innerhalb der CDU ist nicht kompatibel
337 mit den Grundsätzen unserer Partei, so lange über die Programmatik der CDU
338 hinausgehende Forderungen, wie etwa eine stärkere Rolle des Islam in Deutschland,
339 erhoben werden. Die Einrichtung eines solchen Forums, die Heranführung
340 ausländischer Mitbürger, begrüßen wir, wenn damit die Politik der CDU gestützt und
341 gestärkt wird. Nicht jedoch um den Preis der Selbstaufgabe.

342

343 Ungesteuerte Zuwanderung kann keine Lösung unserer demographischen Probleme
344 sein. Unkontrollierter Zuzug überfordert die Integrationskraft unseres Landes in
345 kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Zudem verursacht sie
346 nicht abzuschätzende Kosten und gefährdet den sozialen Frieden. Deutschland ist
347 kein Einwanderungsland. Die Politik ist aufgerufen, die Einwanderung dahingehend
348 zu steuern, dass nur gut ausgebildete Fachkräfte zuwandern dürfen, die unser Land
349 auch als ihre neue Heimat annehmen und hier gemäß unseren Wertvorstellungen
350 leben und arbeiten wollen. Zuwanderung in die Sozialsysteme muss ein Riegel
351 vorgeschoben werden.

352

353 Folgen der Überfremdung sind massive Sprachprobleme. Daher ist das Einfordern
354 des Beherrschens der deutschen Sprache unabdingbar. Angebote staatlicherseits
355 sind der richtige Weg, aber im Zuge der Gegenseitigkeit ist auch die Bringschuld der
356 Migrantinnen einzufordern. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist elementar für
357 die Integration. Umgekehrt kann aber selbst die perfekte Beherrschung der
358 deutschen Sprache nicht grundsätzlich als Indiz gelungener Integration angesehen
359 werden.

360

361 Ein weiteres großes Problem stellt die so genannte Scheinintegration dar, bei der
362 gute Bildung und die Beherrschung der deutschen Sprache kennzeichnend sind. Die
363 jedoch die Ablehnung, ja gar militante Bekämpfung unserer Demokratie und
364 Werteordnung nur verdecken. Auch als Lehre aus der deutschen Geschichte muss
365 dem aggressiven Antisemitismus muslimischer, besonders arabischstämmiger
366 Zuwanderer strikt begegnet werden. Die jüdisch-christliche Kultur ist wesentlicher
367 und unverrückbarer Teil unserer abendländischen Tradition. Ihr Schutz obliegt dem
368 deutschen Staat in besonderer Weise.

Bildung. Getragen von Werten und Kultur

369

370

371 Bildung kann sich nach unserem Verständnis nicht nur auf bloßes Vermitteln von
372 Faktenwissen beschränken. Vielmehr muss Bildung es zum Ziel haben, individuelle
373 Eigenschaften und Talente herauszubilden und zu fördern. Dabei vertreten wir eine
374 Bildungsauffassung, die junge Menschen dazu anleitet, die auf dem christlichen
375 Glauben fußende Menschenwürde und die durch die christlichen Werte
376 geschaffenen und an ihnen orientierten Menschen- und Grundrechte als elementar
377 für unsere Gesellschaft zu verinnerlichen. Christlicher Glaube und Vernunft bilden die
378 Grundlage der Substanz der deutschen Kultur. Neben Wissen und Werten tritt somit
379 als dritte Säule eines grundlegenden Bildungskanons die Weitergabe der
380 geschichtlich gewachsenen Kultur Deutschlands.

381

382 Das Ideal des gebildeten Menschen ist gegründet auf der Kultur des christlichen
383 Abendlandes. Nach diesem Verständnis muss Bildung an sich als Wert verstanden
384 und entsprechend vermittelt werden. Bildung darf nicht nach materiellen
385 Gesichtspunkten definiert werden. Allein die entwickelte Persönlichkeit, gebildet
386 durch die Vermittlung von Wissen, Werte und Kultur sollte Ziel von Bildung sein.
387 Deshalb gehören zu einem aussagekräftigen Zeugnis auch Verhaltens- und
388 Mitarbeitsnoten.

389

390 Über den Erfolg von Bildung entscheidet letztlich die Freude an Leistung und Erfolg
391 sowie die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Schülers. Diesen Erfolg befördern kann
392 am geeignetsten das dreigliedrige Schulsystem, da es entsprechend den Fähigkeiten
393 der Schüler organisiert ist. Sogenannte „Gesamtschulen“, egal ob als wiederum in
394 sich selektierende oder als tatsächliche, sind keine Alternativen. Die erste Form der
395 Gesamtschule ist Etikettenschwindel und letztere, wie groß angelegte Versuche in
396 den 70er und 80er Jahren des 20. Jh. gezeigt haben, erfolglos. An der 68er
397 Kulturrevolution ausgerichtete Bildungsideologien dürfen nicht Sachpolitik werden.

398

399 Schüler in deutschen Schulen sollten nicht den Eindruck gewinnen, allein
400 Naturwissenschaften würden unterrichtet werden. Zu einem umfassenden
401 Bildungsauftrag gehört daher auch die Aufwertung der musischen Fächer sowie von
402 Geschichte und Gemeinschaftskunde, ein verpflichtender und gewährleisteter, 3-

403 stündiger Sportunterricht, Literatur in Deutsch und in den Fremdsprachen, sowie ein
404 Angebot an alten Sprachen. Der an die christlichen Konfessionen gebundene
405 Religionsunterricht ist der einzig legitimierte Religionsunterricht an den Schulen. Nur
406 dieser ist Träger der Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur. Darüber
407 hinaus muss Schule insgesamt die Bedeutung und den Schutz unserer
408 Freiheitsrechte, die Verpflichtung zur Subsidiarität und eigener Leistung klarer
409 betonen und lehren. Der letztlich erzielte Bildungserfolg muss in bundesweit gültigen
410 Bildungsstandards festgeschrieben sein. Bei der Umsetzung und Erreichung dieser
411 Standards dürfen Schulen, Lehrer und Schüler nicht alleingelassen werden. Die
412 konkrete Benennung von Lernzielen und genauso auch von Lerninhalten ist dabei
413 nicht nur hilfreich, sondern auch geboten.

414

415 Mädchen und Jungen müssen die Chance haben, sich zu Frauen und Männern
416 entwickeln zu dürfen. Diese natürliche Entwicklung zu einer geglückten und
417 sinnhaften Persönlichkeit in der Schöpfungsordnung darf nicht durch die Ideologie
418 des „Gender Mainstreaming“ behindert oder ins Gegenteil verkehrt werden. Das
419 natürliche Verhalten von Jungen darf nicht zu einem unerwünschten Verhalten erklärt
420 werden. Wer männliches Verhalten seine Berechtigung und Natürlichkeit abspricht,
421 versündigt sich an der Schöpfung, begünstigt die Erosion unserer Gesellschaft.

422

423 Dieser Anspruch an Schule impliziert ein hohes Maß an Engagement und
424 Verantwortung an die Lehrerschaft. Nur gefestigten, die Werte und die Kultur unserer
425 Nation bejahenden Persönlichkeiten kann eine solch wichtige Aufgabe anvertraut
426 werden. Konfessionelle Schulen kann es daher auch nur allein in Trägerschaft der
427 christlichen Kirchen geben. Bei der Verbeamtung von Lehrern ist daher besonderes
428 Augenmerk auf die Werteorientierung und die Persönlichkeit zu legen. Grundsätzlich
429 bedarf es einer von Medien, Politik und Elternschaft in deutlicherem Maße
430 vorgetragene Anerkennung des Lehrerberufes. Zugleich muss aber auch die linke
431 Ideologisierung der Lehrerschaft thematisiert und entschieden zurückgewiesen
432 werden. Auch hier darf die durch die 68er grundgelegte Zerstörung unserer Werte
433 und Kultur nicht weiter stillschweigend hingenommen oder sogar von der Politik
434 befördert werden.

435

436

437 Auch wenn Schule und insbesondere Bildung nie werte-neutral ist, kann und soll sie
438 nicht die Erziehung durch die Familie ersetzen. Ganztagesbetreuungen an Schulen
439 darf nur ein „Kann“ sein und deren Inanspruchnahme muss von konkreten
440 Situationen abhängig sein. Können Eltern die Erziehung aus finanziellen Gründen
441 nicht selbst leisten und kann dann eine Erziehung und Betreuung durch Familie,
442 Verwandte oder Freunde nicht geleistet werden, dann – und nur dann und auf
443 Nachweis – sollten diese Angebote wahrgenommen werden dürfen. Allein der Wille
444 zur Selbstverwirklichung der Eltern darf niemals solche Einrichtungen legitimieren.
445 Zudem darf Schule eine eigene, sinnvolle Freizeitgestaltung nicht unmöglich
446 machen. Deshalb lehnen wir eine Ganztageschule ab. Musik und Sport – ob
447 individuell oder in Vereinen, Freundschaften außerhalb der Schule, ehrenamtliches
448 Engagement in Vereinen, Gemeinde oder Kirche; all dies muss für Heranwachsende
449 möglich sein, um zu vollen Persönlichkeiten zu reifen und Talente und Möglichkeiten
450 zu entdecken.

451

452 Bildungsinvestitionen in Steine und Menschen dürfen keine Lippenbekenntnisse
453 bleiben. Der erwartete Rückgang der Schülerzahlen muss als Chance genutzt
454 werden. Eine bessere Schüler-Lehrerrelation käme sowohl schwächeren als auch
455 stärkeren Schülern zugute. Auch eine flexiblere Handhabung der Klassengrößen
456 sollte möglich sein. Orientierungsmaßgaben können dabei Schulstandort, soziale
457 Situation in der Klasse, Sprachfertigkeiten der Schüler, das jeweilige Schulfach sein.
458 Dies setzt eine größere Entscheidungsfreiheit der Schulleitungen voraus. Besonders
459 im Interesse der Schüler ist dies aber unerlässlich.

460

461 Die Hochschullandschaft Deutschlands war und ist geprägt von einer starken
462 Diversifikation. Fachhochschulen, Berufsakademien und Universitäten boten und
463 bieten verschiedene Möglichkeiten einen Hochschulabschluss zu erlangen. Diese
464 breite Bildungslandschaft mit den international höchst geschätzten
465 Diplomabschlüssen und Staatsexamina waren unbestrittene Stärken des
466 Bildungsstandortes Deutschland. Und auch das Selbstverständnis deutscher
467 Hochschulen, grundgelegt in der Einheit von Forschung und Lehre, war geprägt von
468 Selbstbewusstsein bei Professoren und Studenten. Durch die mangelhafte
469 Umsetzung des Bologna-Prozesses an vielen Universitäten, die eine Verschulung
470 des universitären Lehrgedankens bedeutet, wird dieses Selbstbewusstsein

471 systematisch untergraben und fördert die Zersetzung des Universitätsgedankens als
472 Einrichtung der Vermittlung von „universitas“ – eines umfassenden Gedankens von
473 Bildung. Eine universitäre Ausbildung muss auch weiterhin wissenschaftlichen
474 Ansprüchen genügen und darf sich nicht primär am Arbeitsmarkt orientieren und
475 schon gar nicht dem Primat betriebswirtschaftlichen Denkens unterwerfen. Nur dann
476 ist ein echter, erstrebenswerter Bildungswettbewerb der Universitäten untereinander
477 möglich und sinnvoll.

478

479 Den Medien erwächst allein durch ihre Verbreitung und den intensiven Konsum von
480 Information und Nachrichten eine herausgehobene Bedeutung. Daraus kommt den
481 Medien eine besondere Verpflichtung zu wahrheitsgemäßer, sachlicher und
482 ideologiefreier Berichterstattung zu. Nicht immer ist eine solch objektive Haltung
483 erkennbar. Es wäre zudem wünschenswert, wenn die Medien sich ihrer aus ihrem
484 Einfluss erwachsenden Verantwortung bewusst würden und somit weniger
485 unterhaltend sondern bildender wirkten. Dies gilt in besonderem Maße für den
486 öffentlichen-rechtlichen Rundfunk.

487

488

489

490

491

492

493

494

495

496

497

498

499

500

501

502

503

504

Recht und Ordnung

505

506

507 Die deutsche Rechtsordnung und deren Ausgestaltung durch den Gesetzgeber
508 werden durch neue Herausforderungen und gesellschaftliche Veränderung vor
509 wachsende Anforderungen und Aufgaben gestellt. Die Balance zwischen
510 persönlicher Freiheit einerseits und gesetzlichen Normen und Regelungen
511 andererseits muss dabei stets gewahrt sein, um Sicherheit und Ordnung zu
512 garantieren, jedoch nicht um den hohen Preis von Freiheitsverlust. Nur in einer freien
513 Gesellschaft kann der Einzelne sich zu voller Leistung steigern und selbst motivieren.

514

515 Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Nur dieser kann jedem Bürger sein
516 persönliches Maximum an Freiheit und Sicherheit garantieren und ist dazu auch
517 verpflichtet. Die Justizgrundrechte, das Verhältnismäßigkeitsgebot und Transparenz
518 sorgen für die Akzeptanz unserer Rechtsordnung beim Bürger.

519

520 Damit dies gewährleistet bleibt und weiter ausgebaut wird, sollten mehr Investitionen
521 im Justizbereich getätigt werden: Durch Schaffung von mehr Richterstellen muss
522 eine kürzere Prozessdauer im Straf- und Zivilverfahren erreicht, die Effektivität des
523 Justizapparates spürbar erhöht werden. Dies ist einerseits bei Straftätern im
524 jugendlichen Alter aus spezialpräventiven Gründen geboten, andererseits im
525 Zivilverfahren für die Akzeptanz des Bürgers wichtig.

526

527 Die Rechtsordnung soll Garant der persönlichen Freiheit des Bürgers vor
528 Bedrohungen, aber auch vom Staat sein. Nicht in jeden privaten Lebensbereich
529 sollte durch oder aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. Juristische und
530 bürokratische Ungetüme, wie das unter rot-grüner Regulierungswut entstandene und
531 von einer unionsgeführten Bundesregierung letztlich verschärfte AGG, müssen
532 ebenso wieder rückgängig gemacht werden. Der Staat muss hier an die
533 Eigenverantwortung der Bürger appellieren und diese wieder stärken. Gesetzliche
534 Verbote dürfen nur ultima ratio zur Bewahrung der Freiheit sein.

535

536 Schreckliche und schockierende Ereignisse, in den Medien ausgeschlachtet, lassen
537 schnell den Ruf nach härteren Strafen laut werden. Dies ist jedoch nur bedingt
538 richtig. Neben dem Ausbau von Präventionsmaßnahmen muss das vorhandene

539 Instrumentarium lediglich konsequent umgesetzt werden. Beim Strafrecht etwa muss
540 eine regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für jugendliche (Gewalt)-
541 Täter erfolgen, wie es vom Gesetzgeber auch vorgesehen ist. Eine Verschärfung des
542 Strafrechts erscheint im Bereich Jugendkriminalität nicht notwendig, da die
543 Regelungen vorhanden sind, jedoch nur angewandt werden müssen. Der
544 Führerscheinentzug sollte als reguläre Strafe bei allen Taten verhängt werden
545 dürfen, nicht nur falls die Tat im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr begangen
546 wurde.

547

548 Neue Straftatbestände sind nur dort zu schaffen, wo vorhandene Normen nicht
549 ausreichen.

550 So ist der Besuch von Terror-Camps im In- und Ausland ebenso unter Strafe zu
551 stellen, wie Zwangsheirat oder etwa weibliche Beschneidung.

552 Hierbei muss dringend eine Enttabuisierung der Diskussion erfolgen, ob etwa Täter
553 nichtdeutscher Herkunft, aber mit deutschem Pass in der Polizeilichen
554 Kriminalstatistik (PKS) separat erfasst werden sollen. Nur durch offenes Ansprechen
555 der Probleme in der politischen Diskussion sind Brennpunkte und
556 Kriminalitätsschwerpunkte zu lösen. Die Voraussetzungen für eine Abschiebung von
557 Tätern nichtdeutscher Herkunft muss massiv erleichtert und bei der CDU wieder
558 Thema werden.

559

560 Der deutsche Staat darf sich nicht aus einer seiner originärsten Aufgaben
561 zurückziehen. Teil- oder Vollprivatisierung des Strafvollzuges aus Kostengründen
562 wird deshalb abgelehnt.

563

564 Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger ist sehr wichtig, Sicherheit ist auch
565 Lebensqualität. Es darf deshalb im öffentlichen Raum keine Plätze geben, die von
566 Bürgern zu Tages- oder Nachtzeiten nicht mehr aufgesucht werden können. Auch
567 muss verhindert werden, dass sich ganze Stadtviertel zu „polizeibefreiten“ Zonen
568 entwickeln. Die Staatsmacht darf hier keine Schwäche zeigen. Die Polizei muss in
569 der Öffentlichkeit mehr Präsenz zeigen, der öffentliche Raum, wo nötig,
570 videoüberwacht (Nahverkehr, Plätze) werden. Mehr und jüngere Polizeikräfte
571 müssen von Bund und Ländern ausgebildet werden, hier darf der Kostenfaktor keine
572 große Rolle spielen.

573

574 Polizei und Ermittlungsbehörden müssen im Kampf gegen organisierte Kriminalität
575 und internationalen Terrorismus scharfe Waffen in die Hand gegeben werden. BKA-
576 Gesetz und Vorratsdatenspeicherung sind hier ein richtiger Anfang. Die
577 Rechtsgrundlage für eine Online-Durchsuchung unter Richtervorbehalt und dem
578 Gebot der Verhältnismäßigkeit muss geschaffen werden. Das Internet darf kein
579 rechtsfreier Raum bleiben. Zumindest auf Seiten, welche in Deutschland gehostet
580 sind, ist auf die Wahrung der straf- und zivilrechtlichen Normen und die
581 entschlossene Bekämpfung volksverhetzender oder menschenverachtender Inhalte
582 zu achten. Dies kann auch durch zwangsweise Löschung entsprechender Seiten
583 geschehen.

584

585 Erkennbar verfassungsfeindliche Vereine und Organisationen, deren Ziel es ist die
586 freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören, müssen schnell verboten und
587 zerschlagen werden. Ein weiterer Versuch zum Verbot der rechtsextremistischen
588 NPD muss unternommen werden. Soweit möglich sind die Funktionsträger schnell
589 auszuweisen. Insbesondere Moscheebauvereine, islamistische-, links- und
590 rechtsextremistische Gruppen und Fraktionen aller Art sind streng zu beobachten.

591

592 Hierbei muss die CDU endlich wieder die Meinungsführerschaft in der politischen
593 Diskussion anstreben und erringen, sowie dringend von vermeintlicher politischer
594 Korrektheit befreien, um Probleme gezielt ansprechen und lösen zu können. Polizei
595 und Bundeswehr muss für ihre geleistete Arbeit Anerkennung und Unterstützung in
596 der Öffentlichkeit und vor allem von Seiten der Politik widerfahren.

597

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607 Familie

608

609 Die Familie ist die Keimzelle des Staates. Hier werden die Grundlagen für ein gutes
610 und gesundes Gemeinwesen gelegt.

611 In Sonntagsreden vergisst kaum ein Politiker dies zu erwähnen.

612 Doch die tatsächliche Politik orientiert sich gerade daran nicht - nicht einmal in
613 Programmen. Das CDU-Wahlprogramm, das Grundlage der neuerlichen
614 Stimmenverluste vom 27. September ist, unterschätzte dieses zentrale Politikfeld
615 geradezu fahrlässig. Ist die Familienpolitik doch Lackmустest für die über Jahrzehnte
616 treu zur Union stehende - konservative, christliche - Stammwählerschaft.

617

618 Familienpolitik ist zum Stiefkind mutiert. Und wird in der CDU inzwischen von
619 neoliberalen Ansätzen, die die Familienpolitik als Spielball kapitalistischer
620 Forderungen sehen und marxistischen Theorien, die die Zerstörung der Familie als
621 ein Symbol des Bürgertums, als zentrales Ziel benennen und eine Verstaatlichung
622 der Kindererziehung und Betreuung verfolgen, zerrieben.

623 Individualismus und Kapitalismus bedrohen die freiheitliche Familienpolitik
624 konservativer Prägung. Ebenso wie konservative Politik für das Privateigentum
625 eintritt so auch für den privaten Schutzraum der Familie.

626

627 Dieser am Arbeitsmarkt auf der einen und radikalen Selbstverwirklichungstheorien
628 auf der anderen Seite orientierten unheilvollen Allianz ist auch die Union Stück für
629 Stück näher gekommen. Mit dem Leitbild einer vorgeblich modernen Familienpolitik
630 steht der Name Ursula von der Leyen beispielhaft für die Zerstörung einer
631 wesentlichen Grundlage der Gesellschaft und der Grundlage der Union als
632 Volkspartei. Dazu mussten auch in den falschen Zusammenhang gesetzte,
633 unvollständige Zahlen und Statistiken, mit denen die Bevölkerung und die Parteibasis
634 der Union in die Irre geführt werden sollten, herhalten.

635

636 Seit von der Leyens Arbeit als Familienministerin unterhielt das Ministerium eine
637 Abteilung für *Gender Mainstreaming* (inzwischen unter anderem Namen firmierend),
638 eine marxistische Theorie, die die Unterschiede der Geschlechter negiert.

639 CDU-Landesminister übernehmen die Schirmherrschaft über CSD-Veranstaltungen
640 der Homosexuellen-Lobby. Die CDU leistet sich die LSU, die „weitergehende Rechte

641 wie Rot-Grün sie verwirklicht hat“ ganz ungeniert in ihr Programm schreiben. So etwa
642 das Adoptionsrecht für homosexuelle Partner.

643

644 Diesen Entwicklungen gilt es Einhalt zu gebieten. Den Weg aus diesem Dilemma
645 weist eine konservative Familienpolitik. Das heißt, die Familie als privaten Raum zu
646 respektieren und ihr besonderen Schutz zukommen zu lassen.

647 Als Ort an dem Solidarität, Nächstenliebe und Verantwortung als grundlegende
648 Tugenden unseres Staatsaufbaus erlernt werden. Zerbricht dieses Fundament, gerät
649 die ganze Gesellschaft, das ganze Land ins Wanken.

650

651 Doch nicht nur hinsichtlich der Erwerbstätigkeit der Frauen wurde die Familienpolitik
652 den Forderungen von Kapitalismus und Individualismus untergeordnet.

653

654 Auch, und hier wird das Paradoxon dieser neoliberalen und libertären Politik erst
655 deutlich, hinsichtlich des Geburtenrückgangs wurde statt eines Umschwenkens in
656 der Familienpolitik hin zu einer Förderung der Familie nach noch mehr Zuwanderung
657 gerufen. Die Folgen der Überfremdung sind inzwischen stark spürbar. Sie kosten die
658 Gesellschaft nicht nur Milliarden sondern sie gefährden auch den gesellschaftlichen
659 Zusammenhalt, das Miteinander, die Sicherheit und letztendlich auch den Wohlstand
660 sowie unsere Werteordnung.

661

662 Die Weltbevölkerung vervielfacht sich in immer kürzeren Abständen. Auf der anderen
663 Seite sinkt die Geburtenrate in den Industrieländern dramatisch. Die explosionsartige
664 Vermehrung vollzieht sich in den Entwicklungs- und zum Teil Schwellenländern. Die
665 Gesellschaften in den „hochentwickelten“ Ländern verarmen dagegen durch ihr
666 langsames aber stetes Schrumpfen – in jeder Hinsicht.

667

668 Fragen der Integration müssen dort angegangen werden, wo sie entstehen und nicht
669 auf dem Feld der Familienpolitik.

670

671 Familienpolitik ist nicht nur Grundlage unseres Staatsaufbaus sondern auch anderer
672 wichtiger Politikfelder, sei es das der Wirtschaft oder der Inneren Sicherheit.

673 Die Union muss wieder ihrer Willensbildungsfunktion gerecht werden.

674

675 Die Junge Union im Kreis Göppingen fordert die Union auf, folgende Punkte in ihr
676 Programm aufzunehmen und im Regierungshandeln umzusetzen:

677

678 Die Union muss zurückkehren zu dem auch im christlichen Sinne einzig richtigen,
679 klaren Familienbegriff. Ehe und Familie genießen wieder besonderen Schutz,
680 alternative Lebensformen werden toleriert, werden jedoch in keiner Weise staatlich
681 anerkannt oder gar gefördert. Klares Bekenntnis zum Ehegattensplitting ist gefordert.
682 Nicht nur bei Spätabtreibungen muss erneut über die erschreckende Entwicklung
683 diskutiert werden. Vielfach ist das Unrechtsbewusstsein abhanden gekommen.
684 Information und Enttabuisierung sollten oberste Priorität genießen.

685

686 Keine Tabuisierung des Adoptionsrechts, das bislang aus „Rücksicht“ auf die
687 Abtreibungsfrage unangetastet bleiben musste. Aufklärung über Hintergründe,
688 Folgen, Umstände und Organisationen (z.B. Pro Familia mit irreführendem Namen)
689 aus dem Bereich der „Familienplanung“ und „Gender“ muss erfolgen. Die CDU sollte
690 zu einer größeren Unterstützung der Lebensschutzorganisationen kommen.

691

692 Keine staatliche Förderung von Krippenplätzen. Nur dort, wo die gesellschaftliche
693 Struktur die vorhandenen Erziehungs- und Betreuungsaufgaben nicht oder nicht
694 mehr bewältigt, muss der Staat seiner moralischen Pflicht nachkommen, diese
695 wieder zu gewährleisten. Korrespondierend hierzu sollte über Einführung eines
696 Familiengeldes nachgedacht werden. Die Anerkennung der Familienarbeit, auch
697 hinsichtlich der Rentenleistungen, muss erfolgen.

698

699 Zuletzt sollte von staatlicher Seite ein Stopp jeglicher Unterstützung für Gender
700 Mainstream – Programme praktiziert werden.

701

702

703

704

705

706

707

708

709

710 Wirtschaft

711

712 Als Junge Union bekennen wir uns zur von der CDU/CSU durchgesetzten sozialen
713 Marktwirtschaft als einzige Wirtschaftsform, die Deutschland nach vorne bringen
714 kann. In der Nachfolge Ludwig Erhards erkennen wir, dass die soziale
715 Marktwirtschaft die einzige Antwort auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanz-
716 marktkrise ist und dass weder Sozialismus noch Kapitalismus die richtigen Antworten
717 darauf geben.

718 Das deutsche Wirtschaftssystem muss auf Freiheit und Selbstverantwortung
719 basieren und sollte an den Leistungsträgern orientiert sein, nicht an Hartz IV-
720 Beziehern und Sozialfällen, da nur die Leistungsträger unserer Auffassung nach
721 dafür sorgen, dass eine Gesellschaft weiter kommt.

722 Der Wettbewerb muss Arbeitsplätze schaffen, Leistung belohnen aber auch
723 Schwache schützen, weshalb für uns das Subsidiaritätsprinzip in einem von Werten
724 des christlichen Abendlandes geprägten Wirtschaftssystem grundlegend sein muss.

725 Als politische Vertretung der jungen Generation stehen wir ebenso für eine
726 nachhaltige Wirtschaftspolitik, die die Schöpfung Gottes bewahrt, denn Wohlstand
727 und Umwelt müssen vereinbar sein.

728

729 Der Mittelstand ist der Motor unseres Wirtschaftssystems. In Zeiten der
730 Wirtschaftskrise gilt es nicht nur die „Global Player“ zu unterstützen, sondern auch
731 den einfachen mittelständischen Unternehmer, welcher mit eigenem Herzblut über
732 Jahre hin für sich und seine Mitarbeiter gesund gewirtschaftet hat und abhängig von
733 externen Einflüssen nun am Existenzrand steht. Der Mittelstand muss bei der
734 CDU/CSU einen besonderen Stellenwert genießen, man muss ihn fordern und
735 fördern, denn ohne Mittelstandsförderung wird Deutschland auf Dauer nicht
736 international konkurrenzfähig sein. Deshalb sprechen wir uns auch gegen eine
737 Reichen- und Erbschaftssteuer aus, da der ehrlich erworbene Verdienst in einer
738 Leistungsträger-gesellschaft nicht bestraft werden sollte. Ebenso ist es für uns
739 unvereinbar in einer freien und sozialen Marktwirtschaftsform einen gesetzlichen und
740 flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Jede Marktbranche hat unterschiedliche
741 Bezahlungs- und Lohnniveaus und so darf der Staat, als Rahmensetzer der
742 Wirtschaft, nicht direkt in die Bezahlungsformen eingreifen, denn mit einem
743 gesetzlichen Mindestlohn ist ein freier, sozialer und sich selbst regulierender Markt

744 nicht mehr gegeben.

745

746 Schwere Eingriffe in die freien Kräfte des Marktes sind auch vermeintlich gebotene
747 Rettungsaktionen für große Konzerne, Stichwort Philipp Holzmann und Opel, welche
748 allenfalls in der Presse gute Ergebnisse erzielten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns
749 aber nicht nur die Symbiose von Wohlstand und Umwelt, sondern auch eine
750 Generationengerechtigkeit in der Frage nach gesunden und schuldenfreien
751 Haushalten. Wir sprechen uns für eine Schuldenbremse aus und für eine gesetzlich
752 festgelegte Nullverschuldung. Auch die Gemeindeordnungen der Bundesländer
753 müssen die Neuverschuldung und Kreditaufnahme bei Banken streng begrenzen und
754 von der kommunalen Rechtsaufsicht kontrollieren lassen. Einer geplanten
755 Insolvenzfähigkeit von Gemeinden ist eine klare Absage zu erteilen. Man darf heute
756 nicht vom morgen leben und so muss Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau oberste
757 Priorität beim wirtschaften des Staates haben, sonst werden künftige Generationen
758 Zeit ihres Lebens mit den Schulden unserer Generation leben müssen und dies ist
759 nicht generationengerecht!

760

761 Neben einer Investition in die Konjunktur und für niedrigere Arbeitslosigkeit in
762 unserem Land, versprechen wir uns aber von der neuen Bundesregierung ebenso
763 die Verabschiedung eines einfacheren und gerechteren Steuersystems. Hierbei
764 sprechen wir uns für das Steuerkonzept von Friedrich Merz aus und fordern endlich
765 eine Umsetzung dieser Konzeption!

766

767

768

769

770

771

772

773

774

775

776

777

778

779

780 Nation. Selbstbetrachtung eines Landes

781

782 Unsere Deutsche Nation ist nach den politischen Tiefpunkten und Wirren des 20.
783 Jahrhunderts erstmalig seit 1990 demokratisch, wiedervereint und souverän. Das
784 vereinigte Deutschland in Frieden und Freiheit, um den hohen Preis der erlittenen
785 jahrzehntelangen Teilung und Verlust der deutschen Ostgebiete, ist heute endlich
786 Realität. Die deutsche Nation als selbstbewusster Staat in einem vereinten Europa
787 soll gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe sein. Was in der Realität und in der
788 Anschauung unserer Nachbarländer bereits der Fall ist fehlt in den meisten Köpfen
789 der deutschen Politik und breiten Teilen der Gesellschaft.

790

791 Lange vor der Staatswerdung zur politischen und vereinten deutschen Nation gab
792 und entwickelte sich Deutschland als „Kulturnation“. Der Begriff der deutschen Nation
793 ist deshalb weit mehr als nur die gemeinsame Staatsform der Bundesrepublik. Die
794 Kulturnation verkörpert das historisch über Jahrhunderte gewachsene, kulturelle
795 „Erbe“, den geistigen Reichtum Deutschlands. Sie gibt den subjektiven Blick, die
796 Wertsphäre des Einzelnen wieder, gibt vor zu welcher Gemeinschaft er sich zählen
797 kann. Die Kulturnation zeichnet sich im Besonderen durch gemeinsame
798 Verhaltensweisen und prägende Elemente, wie Sprache, Geschichte, Literatur,
799 Musik und Traditionen aus.

800

801 Ein solches Selbstverständnis ist für Deutschland als Nation und dem Begriff des
802 deutschen Volkes wichtig und sollte deshalb auch wieder von erheblicher Bedeutung
803 bei der politischen Entscheidungsfindung in der CDU sein, besonders in Zeiten von
804 Globalisierung, Vereinheitlichung und Relativierung.

805

806 Das Christentum mit dem christlichen Bild des Menschen, ist ebenso wie die jüdisch-
807 abendländische Kultur, Vernunft und Aufklärung als geistige europäische
808 Errungenschaften ein essentieller Teil des Begriffes der deutschen Kulturnation.
809 Ohne diese Gemeinsamkeiten wäre ein moderner deutscher Staat in der heutigen
810 Form nicht möglich, welcher dem Menschen das größtmögliche Maß an persönlicher
811 Freiheit gewährt und in welchem er seine volle Leitungsfähigkeit entfalten kann.
812 Dieser Grundkonsens muss bei allem gesellschafts- oder staatspolitischen Handeln
813 stets eingehalten werden. Im Einzelnen bedeutet dies für die Politik der CDU:

814

815 Das Christentum ist und bleibt ein prägendes Element der deutschen Gesellschaft,
816 es ist bei der großen Mehrheit der Bevölkerung verankert und Maxime deren
817 persönlichen Handelns. Es muss in allen hoheitlichen Maßnahmen, im öffentlichen
818 Raum, Städtebild, und damit im Bewusstsein der Bevölkerung entsprechende
819 Würdigung und Ausdruck finden. Andere Religionen, welche nicht dieser Tradition
820 entsprechen, werden toleriert, sollten aber nicht explizit staatlich gefördert werden,
821 da sie teilweise in schwerwiegendem Maß im Widerspruch zum deutschen
822 Gesellschaftsmodell stehen. Auch die Anerkennung als öffentlich-rechtliche
823 Körperschaft mit allen Folgen und Privilegien soll und muss allein christlichen
824 Kirchen und jüdischen Glaubensgemeinschaften vorbehalten bleiben.

825

826 Hieraus folgt eine konsequente Ablehnung muslimischer Elemente in der
827 Öffentlichkeit. So darf kein staatlich unterstützter Bau von repräsentativen
828 Großmoscheen, Minaretten oder Islamischen Zentren gegen den erkennbaren Willen
829 der Mehrheitsbevölkerung erfolgen. Die Empfindungen der Bürger müssen von der
830 Politik ernst genommen werden, bevor sie sich in undemokratischer Weise Ausdruck
831 verleihen. Auch hier spielte die CDU im Falle der Bürgerbewegung „pro Köln“ unter
832 Führung von Oberbürgermeister Schramma eine mehr als unglückliche Rolle und
833 brandmarkte diese als undemokratisch und volksverhetzend.

834 Auch ein Kopftuchverbot in öffentlichen Ämtern und Einrichtungen, sowie ein
835 Burkaverbot auf öffentlichen Straßen muss zumindest diskutiert und darf nicht zum
836 Tabu erhoben werden. Als vorgeblich religiöse, in Wahrheit aber gesellschaftlich-
837 politische Symbole, stehen Kopftuch und Burka für die in Deutschland längst
838 überwundene Unterdrückung und Entrechtung der Frau und sind deshalb mit den
839 Grundwerten unserer westlich - aufgeklärten Gesellschaft nicht zu vereinen.

840

841 Das unter Rot-Grün geänderte Staatsangehörigkeitsrecht sollte als Korrelat zur
842 Zugehörigkeit zur Nation wieder geändert werden. Hierzu gehört auch die
843 konsequente Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit auch bereits für
844 Personen unter 18 Jahren.

845

846 Das Grundgesetz von 1949 ist mit seinem Grundrechtskatalog, Staatsprinzipien,
847 Instituten und Institutionen und den darin Ausdruck gefundenen Wertvorstellungen

848 unabänderliche Richtschnur und Garant für unsere freiheitlich-demokratische
849 Grundordnung.

850 Hierzu muss im Besonderen auf folgende Punkte geachtet werden:

851 Die bewährte föderalistische Struktur des deutschen Bundesstaates, unter
852 Berücksichtigung und Erhalt historisch gewachsener Länder, sowie die kommunale
853 Selbstverwaltung, müssen erhalten und gefördert werden.

854

855 Die Freiheit als Leitgedanke der Gesellschaft muss Eigenverantwortung des
856 Menschen und das Leistungsprinzip fördern. Dies ist als Gegensatz und Alternative
857 zu gesellschaftlicher Gleichheit und staatlicher Bevormundung zu sehen. Hieran
858 muss sich die Politik der CDU in allen politischen Bereichen wieder vermehrt
859 orientieren.

860

861 Eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz ist mittlerweile leider nötig
862 geworden und muss deshalb auch erfolgen. Es ist mittlerweile in Deutschland Alltag,
863 dass große Teile der Bevölkerung auch ohne Deutsch ihr alltägliches,
864 parallelgesellschaftliches Leben pflegen können und wollen. Die Sprache jedoch ist
865 der grundlegendste aller gemeinsamen Faktoren und Bindeglied aller
866 landsmannschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen. Erst die Beherrschung der
867 deutschen Sprache ermöglicht überhaupt die breite gesellschaftliche Teilhabe,
868 eröffnet Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gleichermaßen.
869 Deshalb sollten konsequenterweise auch keine Formulare und Behördendienste
870 mehr in fremden Sprachen angeboten werden. Dies nährt nur den Selbstbetrug
871 vermeintlich überwundener Sprachbarrieren. Auch sollten alle Kinder erst dann
872 eingeschult werden, wenn die deutsche Sprache richtig beherrscht wird. Nur so kann
873 eine Chancengleichheit überhaupt erst entstehen und Gerechtigkeit auch gegenüber
874 nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen hergestellt werden.

875

876 Gleiches gilt auch für die Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit. Diese darf nur
877 der letzte Schritt in einem langen Prozess darstellen.

878

879 Die schmerzliche Erfahrung von Weimar und die neuen, globalen
880 Herausforderungen, wie politischer und religiöser Terrorismus machen einen starken
881 Staat notwendig. Nur dieser kann Garant für die Sicherheit und Freiheit seiner

882 Bürger sein. Unsere Demokratie muss gegenüber Verfassungsfeinden wehrhaft
883 auftreten und auch mit scharfen Mitteln gegen ihre Gegner vorgehen können. Hierbei
884 sind jedoch die Prinzipien des Rechtsstaats und der Verhältnismäßigkeit stets
885 einzuhalten.

886

887 Insbesondere ein konsequentes Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen,
888 sowie ein entschiedenes Entgegenreten jeglicher Form von politischem
889 Extremismus sind wichtig, gleich ob rechts- oder linksextremistisch. So muss etwa
890 ein neuer Anlauf zu einem Verbot der klar verfassungsfeindlichen NPD unternommen
891 werden. Eine Weiterbeobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Bundesamt für
892 Verfassungsschutz und den Landesämtern ist erforderlich, solange eine große
893 Mehrheit der Parteimitglieder sich nicht vom SED- Unrecht und der Abschaffung des
894 parlamentarischen Systems distanzieren.

895

896 Ein Punkt von erheblicher Bedeutung ist auch eine entschiedene Bekämpfung des
897 politischen Islamismus. Hier ist bloße Beobachtung nicht ausreichend. Die
898 Zerschlagung von radikal-islamischen Vereinen, Organisationen und Strukturen
899 welche Terror und politische Probleme importieren und die Ablehnung unserer
900 freiheitlich-demokratischer Ordnung offen betreiben, ist genau so nötig, wie die
901 Ausweisung deren maßgeblichen Funktionsträgern. Strafrechtliches Verbot von
902 archaischen Traditionen die mit der Zuwanderung bei uns heimisch geworden sind,
903 wie beispielsweise von weiblicher Bescheidung und Zwangsheirat. Der deutsche
904 Staat darf sich das Gewaltmonopol nicht aus Gründen der politischen Korrektheit
905 oder falsch verstandener Toleranz aus der Hand nehmen lassen.

906

907 Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss massiv gestärkt werden.

908 Als Antwort auf Hedonismus und übersteigerten Egoismus als Folgen der so
909 genannten „1968er Revolte“, müssen gesellschaftliche Gemeinsamkeiten aller
910 Gruppierungen von der Politik der CDU wieder mehr betont werden.

911

912 Die Förderung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und
913 Parteien muss gezielt vor allem bei jungen Menschen erreicht werden. Der Blick auf
914 das Gemeinwesen kann nur durch aktive Mitarbeit und eigene Erfahrungen gelingen.

915

916 Brauchtum und Dialekt müssen in der Schule mehr gepflegt und aktiv gefördert
917 werden. Die Schaffung, auch einer regionalen, Identität als Gegenpol zur
918 globalisierten Welt kann Rückhalt und Kraft für die kommenden Herausforderungen
919 sein. Hier müsste auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk seiner originären Aufgabe,
920 nämlich der Kulturpflege, wieder mehr Gewicht geben.

921

922 Die Wehrpflicht und damit auch der Zivildienst in der jetzigen Form sind ungerecht
923 und sollten abgeschafft werden. Als Ersatz muss es ein „Dienstjahr“ für alle jungen
924 Menschen, Männer wie Frauen geben, in welchem gesellschaftliche Teilhabe und
925 Gemeinsinn praktiziert und gelernt werden können.

926

927 Nationale Symbolik sollte wieder ein unerlässlicher Teil des öffentlichen Lebens
928 werden. Nach dem „schwarz-rot-goldenen“ Freudentaumel etwa bei der
929 Fußballweltmeisterschaft wurde spätestens deutlich, dass sich der überwiegende
930 Teil der deutschen Bevölkerung nach einem unverkrampften und gesteigerten
931 Umgang mit nationaler Symbolik geradezu sehnt. Dieser wurde von der politischen
932 Linken mit dem Ruf nach „nie wieder Deutschland“ auch in die Köpfe der CDU
933 gehämmert. Die vergangenen Ereignisse haben gezeigt, dass mit den Nationalfarben
934 und der Hymne auch ohne übersteigerten und aggressiven Nationalismus der
935 Vergangenheit umgegangen werden kann, nämlich modern, weltoffen und damit
936 wieder für jedermann selbstverständlich.

937

938 Es sollte eine stärkere Betonung der deutschen Nationalsymbole wie Flagge und
939 Hymne auch im breiten öffentlichen Leben erfolgen. In Schulen, allen öffentlichen
940 Gebäuden, den Medien, und bei Veranstaltungen müssen diese unverrückbar ihren
941 festen Platz wiedererhalten. Erst wenn dies Realität geworden ist kann sich das
942 Verhältnis von deutschem Volk zum eigenen Staat und eigener Identität wieder
943 normalisieren und entkrampfen.

944

945 Das längst überfällige nationale Denkmal für die unblutig und glücklich erreichte
946 Deutsche Einheit, sollte nach nun fast zwanzig Jahren endlich geschaffen werden.
947 Im Öffentlichen Raum der Hauptstadt, wo Linke Liebknecht, Luxemburg und anderen
948 „Demokraten“ gedenken, muss an exponierter Stelle auch Platz für die friedliche
949 deutsche Revolution sein. Hier muss die CDU entschieden, auch und gerade gegen

950 Widerstände aus Teilen von Politik und Gesellschaft, Farbe bekennen.

951

952 In Zeiten des weltpolitischen Engagements in denen unsere Soldaten politisch
953 gewollt und nicht zu vergessen parlamentarisch mandatiert unsere Freiheit am
954 Hindukusch und anderswo verteidigen, muss die Arbeit der Bundeswehr
955 entsprechend gewürdigt werden. Zusätzlich zum öffentlichen Gelöbnis vor dem
956 Reichstag, wurde nun ein Denkmal für gefallene deutsche Soldaten der Bundeswehr
957 eingerichtet. Dies ist die notwendige Kehrseite des weltweiten Engagements und den
958 für unser Land gefallenen Soldaten und deren Angehörigen letztlich geschuldet.

959

960 Geschichte als Identifikations- und Begriffsteil der „Nation“ stellt auf die
961 Gemeinsamkeit der Erinnerung und Erfahrung der Vergangenheit ab, auf der das
962 Selbstverständnis und Handeln der Politik in der Gegenwart und Zukunft beruht.
963 Leider wird diese doch reichhaltige Erfahrung in der öffentlichen Diskussion rein und
964 ausschließlich auf die schrecklichen Ereignisse im nationalsozialistischen
965 Deutschland reduziert.

966

967 Eine punktuelle Abkehr von der Selbstgeißelung mit den Verbrechen des Dritten
968 Reiches, wie sie von der politischen Linken seit Jahren betrieben wird, muss
969 stattfinden. Mahnung und Erinnerung an die schrecklichen Vorkommnisse der
970 totalitären Diktatur in Deutschland muss weiterhin ein wichtiger Teil des deutschen
971 Selbstverständnisses bleiben, darf und kann jedoch nicht als alleiniges
972 Identifikationsmerkmal Deutschlands dienen und schon gar nicht als Moralkeule in
973 sachfremder Diskussion missbraucht werden. Dies ist nicht als Herabwürdigung der
974 geschehenen Leiden zu verstehen.

975

976 Eine Besinnung auf Geschichte und Tradition der deutschen Nation vor 1933 und
977 nach 1945 muss vermehrt stattfinden. Die deutsche Nation kann sich auf weit mehr
978 als sechzig Jahre Bundesrepublik und zwölf vor geschaltete Jahre der Diktatur
979 berufen. Dieses gleichsam auf Null reduzierte Selbstverständnis ist eindeutig zu
980 wenig. Stauffenberg, Holocaust und Wirtschaftswunder reichen als geschichtlicher
981 und gesellschaftlicher „Kitt“ eindeutig nicht aus.

982

983

984 Die Erinnerung an Teilung, SED-Unrecht und DDR- Diktatur muss insbesondere bei
985 jungen Menschen aktiv wach gehalten werden. Wie auch der Nationalsozialismus
986 gesellschaftlich aufgearbeitet wurde, so muss dies auch mit dem Unrecht und den
987 Verbrechen des Arbeiter- und Bauernstaates geschehen. Die Vermittlung des
988 Wissens um das hohe Gut der persönlichen Freiheit in der Schule und Erziehung
989 muss an diesem Beispiel geleistet werden.

990

991 Zum Verständnis der deutschen Geschichte gehört auch das Gedenken an Flucht
992 und Vertreibung aus den Ostgebieten und die Anerkennung der Lebensleistung der
993 Heimatvertriebenen. Deren Kultur und Geschichte ist Teil des deutschen
994 Selbstverständnisses. Die CDU hat sich hier politisch abgewandt und muss
995 mit Respekt und durch Interessenvertretung wieder auf diese gesellschaftliche
996 Gruppe zugehen, welche sich selbst schon jahrzehntelang von Revisionismus und
997 Rückwärtsgewandtheit verabschiedet hat. Deren Aussöhnung mit den östlichen
998 Nachbarn ist bereits lange erfolgt. Ein öffentliches Gedenken und Respekt vor dem
999 erlittenen Unrecht haben die Heimatvertriebenen verdient, wenn nötig auch gegen
1000 Widerstände der politischen Linken oder aus dem Ausland.

1001

1002 Deutschland ist kein Einwanderungsland im klassischen Sinne.

1003 Die vermeintliche Einwanderungstradition, hingewiesen sei auf Hugenotten im 18.
1004 Jahrhundert, Polen im Ruhrgebiet in der vorangegangenen Jahrhundertwende,
1005 welche von Befürwortern immer herangezogen wird, hat mit der gesellschaftlichen
1006 Realität nichts zu tun. Deutschland hat keine Einwanderungstradition vor der
1007 Anwerbung von Gastarbeitern oder den unkontrollierten Flüchtlingsströmen im
1008 letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts gehabt. Eine weitere Zuwanderung,
1009 besonders von Muslimen und nicht EU-Ausländern muss begrenzt und wenn möglich
1010 gestoppt werden. Nur so sind ein weiteres Auseinanderdriften der deutschen
1011 Gesellschaft und eine erfolgreiche Eingliederung der vorhandenen nichtdeutschen
1012 Bevölkerung überhaupt noch möglich. Dies ist die Politik sowohl den deutschen, als
1013 auch den bereits bei uns lebenden Menschen schuldig.

1014

1015 Die Bewahrung deutscher Kultur, Werte und Traditionen ist nur möglich, wenn eine
1016 breite deutsche Mehrheitsgesellschaft als Basis verbleibt, welche eine
1017 Integrationsleistung überhaupt bewältigen kann. Der soziale Frieden im Land kann

1018 ansonsten zukünftig nicht mehr gesichert werden. Es wird unsererseits eine klare
1019 Absage an Begriffe wie „Einwanderungsland“ oder „Integrationsland“ erteilt, da auch
1020 von der CDU nicht klar gestellt wird, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt.

1021

1022 Das starre Halten der Bevölkerungszahl Deutschlands ist nicht zwingende
1023 Voraussetzung für den Erhalt des wirtschaftlichen Wohlstandes und der
1024 Sozialsysteme. Um den Preis unübersehbarer und unkontrollierter Zuwanderung und
1025 dem damit zwangsläufig verbundenen und drohenden gesellschaftlichen Infarkt,
1026 sollten die 82 Millionen Einwohner kein Dogma sein.

1027

1028 Eine Eingliederung der nicht-deutschen Bevölkerung, der Deutschen mit so
1029 genanntem „Migrationshintergrund“, ist die zentrale gesellschaftliche und politische
1030 Herausforderung der kommenden Jahre. Wer sich an die gesellschaftlichen Regeln
1031 und Normen hält, der soll seinen Platz in der Gesellschaft haben!

1032

1033 Dies bedeutet für den Einzelnen jedoch weit mehr als zu Arbeiten und gewaltfrei und
1034 entkriminalisiert zu leben. Vielmehr ist es die aktive gesellschaftliche Teilhabe an
1035 bestehenden Werten und Angeboten, nicht die brutale oder schleichende
1036 Veränderung des Bestehenden oder strikte Beibehaltung eigener Anschauungen, die
1037 von der Politik gefordert werden muss. Eingliederung kann nur durch eine
1038 Orientierung an den gesellschaftlichen Normen der Mehrheitsbevölkerung
1039 stattfinden. Daran muss die CDU festhalten.

1040

1041 Der Begriff einer deutschen Leitkultur oder auch die gesellschaftlichen Normen der
1042 deutschen Mehrheitsgesellschaft müssen wieder diskutiert und entstigmatisiert
1043 werden. Der Ansatz, welchen auch die CDU, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen,
1044 geht, ist daher genau der Falsche, denn nicht nur für Minderheiten wird Politik
1045 gemacht. Einen Bruch mit eigenen Traditionen aus vermeintlicher Rücksicht auf
1046 Minderheiten wird eine klare Absage erteilt. Weiteres Entgegenkommen und
1047 Zurückweichen, wie Ausnahmen beim Schulbesuch, Beten in der Schule,
1048 Vollverschleierung in öffentlichen Bädern, Verzicht auf Bräuche wie Weihnachten
1049 und Karneval in Schule und Kindergärten darf es nicht geben.

1050 Parallel zu den Angeboten der deutschen Seite sind die einzelnen Menschen aber
1051 auch zu fordern, da der Prozess nicht wie bisher weitgehend einseitig erfolgen kann.

1052 Sprachtests und verbindlicher Einbürgerungstest nach baden-württembergischem
1053 Muster sind ein erster wichtiger Schritt und sollte noch ausgebaut und verbessert
1054 werden. Nur so haben alle Willigen überhaupt noch die Chance, die Eingliederung in
1055 die deutsche Gesellschaft zu schaffen.

1056

1057

1058

1059

1060

1061

1062

1063

1064

1065

1066

1067

1068

1069

1070

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

1082

1083

1084

1085

1086 Deutschland in Europa und der Welt

1087

1088 Das souveräne Deutschland als ein maßgeblicher Bestandteil des vereinigten
1089 Europas ist weltpolitisch als Mittelmacht auf Augenhöhe mit Staaten wie Japan,
1090 Kanada oder Brasilien zu sehen. Als bevölkerungsstärkster Mitgliedsstaat der EU
1091 und als größte Volkswirtschaft sieht sich Deutschland als Motor Europas. In diesem
1092 Sinne muss Deutschland sowohl Rechte als auch Pflichten daraus ableiten und
1093 verantwortungsbewusst wahrnehmen.

1094 Dieser Umstand stellt ein klares Bekenntnis zu den in der Vergangenheit
1095 eingegangenen Bündnisverpflichtungen, sei es UNO, NATO und selbstverständlich der
1096 EU und den jeweiligen Unterorganisationen dar. Dies bedeutet den eingeforderten
1097 Beitrag zu erbringen um Verantwortung wahrzunehmen, sei es finanzieller Natur, in
1098 Form von humanitären Einsätzen oder auch durch militärische Intervention. In
1099 diesem Zusammenhang muss Deutschland weiterhin seinem Prinzip der
1100 kombinierten Auslandseinsätze mit Militär und humanitären Wiederaufbau- und
1101 Entwicklungshilfekräften treu bleiben.

1102

1103 Sicherheitspolitisch muss sich Deutschland klar zur NATO und der transatlantischen
1104 Partnerschaft bekennen. Gleichsam sollte es aktiv bei der Umgestaltung und
1105 Anpassung der globalen Sicherheitsordnung innerhalb der Vereinten Nationen
1106 mitarbeiten, um auch zukünftig innerhalb Europas und in der Welt gegenüber
1107 geänderten Machtkonstellationen und neuen Gefahren, wie Terror oder die
1108 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, bestehen zu können.

1109 Im Detail ist nach dem kalten Krieg die Bedrohungslage eine andere geworden. Zwar
1110 sind aus ehemaligen Feinden Freunde geworden, was aber mit Nichten eine klare
1111 Bündniszugehörigkeit überflüssig macht. Die Nato ist daher als Kernbestandteil
1112 unserer Sicherheitsarchitektur zu sehen, da sie heute global vor allem für die
1113 Verteidigung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Werte und
1114 Errungenschaften gegenüber totalitären Regimen, religiös-fundamentalistischen
1115 Terroristen und aggressiv hegemonial auftretenden Staaten eintritt.

1116

1117 Die Mitgliedschaft Deutschlands, als eines der Gründungsmitglieder, in der
1118 Europäischen Union hat sich in der vergangenen Jahrzehnten als Garant für
1119 wirtschaftlichen Erfolg, Sicherheit und Frieden mit den Nachbarstaaten erwiesen. Der

1120 bestrittene Weg der europäischen Einigung in Form von gemeinsamen politischen
1121 Institutionen, der Gemeinschaftswährung „Euro“ und verschiedener sinnvoller
1122 gemeinsamer Gesetze ist unumkehrbar und eine wahr gewordene Vision
1123 langjähriger CDU-Politik. Die EU darf jedoch langfristig kein Ersatz für den deutschen
1124 Nationalstaat werden, indem existenzielle Hoheitsrechte nach Brüssel oder
1125 Straßburg verlagert werden. Vielmehr muss der Fokus zukünftiger gemeinsamer
1126 europäischer Politik auf die Stärkung der inneren Einheit und der politischen
1127 Institutionen, sowie die behutsame Angleichung wirtschaftlicher und sozialer
1128 Verhältnisse in den Mitgliedstaaten gerichtet sein. Dies bedeutet eine klare Absage
1129 an Vorstellungen an ein „Kerneuropa“ oder ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.
1130 Vielmehr soll ein Europa der Vaterländer mit gleichberechtigten, starken, aber
1131 individuell ausgeprägten Regionen entstehen. Ziel sollte des Weiteren sein, dass
1132 Bevölkerung und Wirtschaft über einheitliche Rahmenbedingungen für Wohlstand
1133 und Wachstum verfügen, aber nicht am Gängelband zentralistischer Bürokratie
1134 hängen. In diesem Sinne müssen begonnene Reformen fortgeführt werden und die
1135 Handlungsfähigkeit der EU wiederhergestellt werden, ohne jedoch angesichts der
1136 gewachsenen Zahl der Mitgliedsstaaten das Gewicht der großen Mitgliedsstaaten
1137 wie Deutschland weiter zu reduzieren. Im Detail muss Deutsch auch als eine
1138 Amtssprache in der EU dauerhaft bewahrt und gestärkt werden, da es die
1139 Muttersprache der meisten EU Bürger ist. Im Hinblick auf die Zukunft der EU ist einer
1140 kurzfristigen weiteren unkontrollierten und übereilten Erweiterung auf dem Balkan
1141 und in Osteuropa eine Absage zu erteilen. Vielmehr muss jetzt der Fokus auf der
1142 Schließung bestehender „Lücken“ auf der Landkarte und bei der Verbreitung des
1143 Euro liegen. Grundlage mittel- und langfristiger Erweiterungsbestrebungen muss die
1144 Tatsache sein, dass die EU eine historisch-kulturell gewachsene Gemeinschaft ist
1145 die über endgültige Außengrenzen verfügt. Deshalb ist den Beitrittsbestrebungen der
1146 Türkei eine Absage zu erteilen. Ein weiteres Hinhalten oder eine unendliche
1147 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei darf es schon aus Gründen der Fairness nicht
1148 geben. Darüber hinaus soll es auch keine Ausnahmen für Einzelstaaten, wie etwa
1149 die einer privilegierten Partnerschaft, geben, vielmehr sollte ein einheitlicher Status
1150 verstärkter Kooperation und des engen Dialogs mit den Staaten der ehemaligen
1151 UdSSR und Russlands, den Mittelmeerstaaten und Israel, sowie auch der Türkei und
1152 der Europäischen Union geben.